

Ressort: Finanzen

Familienunternehmer forcieren Kampagne gegen Steuerpolitik von Opposition

Berlin, 27.08.2013, 09:51 Uhr

GDN - Der Familienunternehmer-Verband macht mit bundesweiten Aktionen massiv Front gegen die Steuerpolitik von SPD, Grünen und Linken: "Unser Verband wurde von vielen Mitgliedern in den letzten Wochen aufgefordert, sich aktiv gegen die Steuererhöhungspolitik zu wehren", sagte Verbandspräsident Lutz Goebel "Handelsblatt-Online". "Jetzt, in der heißen Phase des Wahlkampfes, reagieren wir mit Web-Videos, Anzeigen und weiteren Aktionen bundesweit."

Wie Goebel sagte, befürchten die Unternehmer, dass ihre Betriebe durch die "extremen" Steuererhöhungspläne von SPD, Grünen und Linken "schwer geschädigt" werden. "Sechs Steuern sollen auf einen Schlag erhöht werden. Darunter sind die Vermögensteuer und Vermögensabgabe die schädlichsten", sagte Goebel. Ein oder anderthalb Prozent Belastung pro Jahr kämen zwar "mickrig" daher, aber am Ende müssten die Betriebe eine Mehrbelastung von 20 bis 35 Prozent vom Jahresgewinn dafür bewältigen, sagte er. In ihrem eigens für die Kampagne produzierten Video fragen die Familienunternehmer, wo die Erlöse einer Besteuerung von Vermögen besser aufgehoben seien: bei den Familienunternehmen fließe das Geld in Zukunftstechnologien, beim Staat in kostspielige Politikprojekte. "Hier schafft es konkurrenzfähige Produkte, dort überbeuerte Prestigevorhaben." Die Firmen förderten zudem regionale Vereine und Kultureinrichtungen, der Staat dagegen die europäische Schuldenpolitik. "Hier schafft es neue Arbeitsplätze, dort neue Bürokratie." Goebel hält vor diesem Hintergrund und angesichts von Rekordsteuereinnahmen Steuererhöhungen für "völlig unnötig". Die Steuererhöhungen, insbesondere die Vermögensteuer, seien in die Programme der drei Parteien aufgenommen worden, um eine "Arm-Reich-Kampagne" loszutreten, kritisierte er. "Wir Familienunternehmer haben aber unser Vermögen in unseren Betrieben. Damit ermöglichen wir 60 Prozent der Arbeitsplätze und 80 Prozent der Ausbildungsplätze in diesem Land." Wer die Vermögensteuer daher fordere, habe die volkswirtschaftlichen Folgen nicht bedacht. "Ein Teil der SPD hat das inzwischen verstanden", fügte Goebel hinzu. Dennoch eiere die Partei bei diesem Thema immer noch herum.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-20504/familienunternehmer-forcieren-kampagne-gegen-steuerpolitik-von-opposition.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619